

II-4392 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 16. Juni 1975

Stubenring 1  
Telephon 57 56 55

Zl. IV-50.004/5-1/75

2040/A.B.Zl. 1994/J.Präs. am 17. JUNI 1975

## B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. Hubinek  
und Genossen an die Frau Bundesminister  
für Gesundheit und Umweltschutz betref-  
fend ärztliche Versorgung im ländlichen  
Raum (Nr. 1994/J-NR/1975)

In der gegenständlichen Anfrage werden an mich  
folgende Fragen gerichtet:

"1. Welche konkreten Maßnahmen haben Sie seit der  
Errichtung Ihres Ministeriums getroffen, damit zumindest  
etappenweise eine Verbesserung der ärztlichen Versorgung  
im ländlichen Raum erzielt werden kann ?

2. Mit welchen Maßnahmen werden Sie einer Verschär-  
fung dieser Situation, die sich durch die Überalterung  
der Ärzte für die nächsten Jahre abzeichnet, begegnen ? "

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit :

Zu 1.:

Die Verbesserung der ärztlichen Versorgung im  
ländlichen Raum erfordert die Förderung der Seßhaftmachung  
von Ärzten außerhalb der Ballungszentren. Hierbei handelt es  
sich um ein äußerst komplexes Problem, dessen Lösung auf  
verschiedenen verfassungsrechtlichen Ebenen zu erfolgen  
hat.

- 2 -

Soweit es die Kompetenz des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz anlangt, wurden in dieser Hinsicht bereits wesentliche Maßnahmen getroffen.

Durch den Ausbau des ärztlichen Funkdienstes im ländlichen Raum werden die in der freien Praxis außerhalb der Ballungszentren tätigen Ärzte entlastet. Dadurch soll ein Anreiz zur Seßhaftmachung in solchen Gegenden erreicht werden. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat daher Arbeitsgemeinschaften in den Bundesländern, die sich mit der Einrichtung und dem Betrieb von ärztlichen Funkdiensten befassen, mit wesentlichen Beiträgen unterstützt und setzt diese Förderung auch weiterhin fort.

Die Ärztegesetznovelle 1974 hat die rechtliche Möglichkeit geschaffen, daß mehrere Ärzte Ordinations- oder Apparatgemeinschaften einrichten.

In diesem Zusammenhang wurde auf meine Initiative in die letzte Einkommensteuergesetznovelle eine steuerliche Begünstigung für Landärzte aufgenommen.

Mit dem gleichen Ziel, durch die möglichst attraktive Gestaltung des ärztlichen Berufes auch außerhalb größerer Städte die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum zu verbessern, läuft derzeit ein Modellversuch über den Einsatz von mobilen Krankenschwestern. Aus den dabei gewonnenen Erfahrungen soll eine Sondersparte innerhalb der Krankenpflegeberufe entwickelt werden, die geeignet ist, die Tätigkeit der freipraktizierenden Ärzte insbesondere in ländlichen Gebieten zu entlasten.

Darüber hinaus wurde in Brunn a.d. Wild in Niederösterreich ein Institut für Allgemein-Medizin mit unserer finanziellen Hilfe gegründet, mit dem Ziel, Jungärzte mit den Gegebenheiten einer Landarztpraxis vertraut zu machen.

- 3 -

Schließlich hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in einer "Enquete zur Lage der Allgemeinmedizinischen Versorgung in Österreich" die maßgebenden Institutionen um Vorschläge zur Verbesserung der Situation insbesondere in Richtung der Landarztprobleme ersucht. Bei dieser Veranstaltung wurde festgestellt, daß wesentliche Maßnahmen auf diesem Gebiete, die Differenzierung des Honorierungssystems etwa nach Praxislage, die Bereitstellung von Ordinationsräumen sowie eine gesicherte Altersversorgung für die freipraktizierenden Ärzte sein könnten.

Zu 2.:

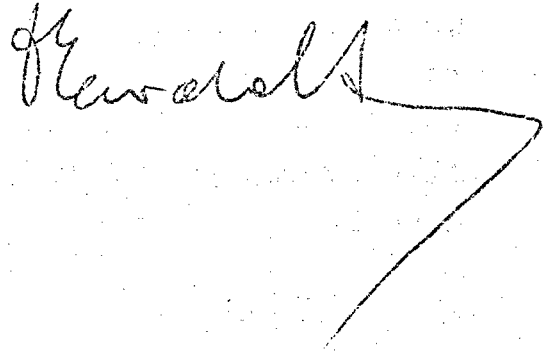
Die Durchführung der beabsichtigten Maßnahmen liegt außerhalb des Kompetenzbereiches meines Bundesministeriums. Ungeachtet dessen werde ich nichts unversucht lassen, um eine bessere Attraktivität des ärztlichen Berufes außerhalb der Städte und damit eine Verbesserung der ärztlichen Versorgung des ländlichen Raumes zu erreichen. Auf Grund einer vom Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen im Auftrag meines Bundesministeriums erstellten Studie über die ärztliche Versorgung Österreichs wird ein Maßnahmenkatalog im Rahmen eines längerfristigen Konzepts zur Behebung des Landärztemangels erstellt.

In diesem Zusammenhang darf auf die dem Nationalrat vorgelegte Regierungsvorlage einer Ärztegesetznovelle 1975 hingewiesen werden. Diese sieht vor, daß die Träger von Krankenanstalten verpflichtet sind, auf Ausbildungsplätze nur jene zu zählen, die den praktischen Arzt anstreben. Durch die damit eintretende Vermehrung der Ausbildungsstellen für angehende praktische Ärzte in den

- 4 -

Spitälern wird ein Anreiz zur Ergreifung dieses für die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung unersetzbaren Berufes geschaffen. Damit wird auch dem Problem der Überalterung der im ländlichen Raum niedergelassenen praktischen Ärzte begegnet.

Der Bundesminister:

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Nowaratz', with a long, sweeping horizontal line extending to the right.